

Straßenbeitragsfreies Hessen

eine AG hessischer Bürgerinitiativen

Pressemitteilung

Gießen, 7. November 2017

Der Widerstand gegen Straßenausbaubeiträge wächst. Hessische Bürgerinitiativen schließen sich zusammen zu landesweiter Arbeitsgemeinschaft für ein straßenbeitragsfreies Hessen.

Etwa 20 bis 25 % der hessischen Gemeindestraßen sind marode. Mit sogenannten Straßenausbaubeiträgen versuchen viele hessische Gemeinden, den Löwenanteil der Kosten für die Erneuerung ihrer Gemeindestraßen auf die Hauseigentümer / Anlieger abzuwälzen. Mittlerweile sind Beträge im oberen vier- oder fünfstelligen Bereich schon fast die Regel - womit mancher Hausbesitzer vor dem finanziellen Ruin steht. Häufig trifft es ältere Mitbürger, für die das Eigenheim ein Teil ihrer Altersvorsorge war.

Gemeinden, die jahrzehntelang keinen Cent für die Instandhaltung ihrer Straßen gesteckt haben, lassen sich jetzt ihren Kostenanteil über großzügige Kommunalinvestitionsprogramme des Bundes und des Landes erstatten. Der Hausbesitzer dagegen soll zahlen. In vielen hessischen Gemeinden hängt deshalb der Haussegen schief. Vielerorts haben sich Initiativen gegen diese Form der Enteignung gebildet. Denn öffentliche Straßen werden von der Allgemeinheit genutzt, deren Instandsetzung und Erneuerung gehört damit zur kommunalen Daseinsvorsorge.

Die „wiederkehrenden Straßenbeiträge“ sind keine dauerhafte Lösung, da weiterhin einseitig nur Hauseigentümer belastet werden, da Verwaltungsaufwand und Kosten hoch sind und weil Kommunen sich damit langfristig festlegen. Nur 26 der 426 hessischen Gemeinden haben seit 2012 „wiederkehrende Beiträge“ eingeführt oder vom System der Einmalbeiträge umgestellt.

Das kann so nicht weitergehen. Der Widerstand wächst. Um zukünftig die Interessen der Bürger wirkungsvoll bei Politik und Verwaltung durchzusetzen, trafen sich am 4. November in Gießen die Vertreter von Bürgerinitiativen und Gruppierungen aus ganz Hessen. Mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Straßenbeitragsfreies Hessen – eine AG hessischer Bürgerinitiativen“ werden zukünftig die Aktivitäten gebündelt und koordiniert. Zentrale Forderungen sind die Abschaffung der Straßenbeitragspflicht im hessischen Kommunalabgabengesetz, die Finanzierung der Gemeindestraßenerneuerungen aus Steuermitteln sowie die systematische Straßeninstandhaltung.

Politiker aller Couleur müssen sich jetzt den Fragen stellen, wieso in Städten wie Wiesbaden oder Frankfurt oder Berlin die Straßen komplett ohne Kostenbeteiligung der Hausbesitzer erneuert werden, dagegen die Leute „auf dem Land“ zahlen sollen. Oder worin sie den angeblichen „besonderen, nicht nur vorübergehenden Vorteil“ eines Anliegers sehen? Und wo die Einnahmen aus den massiven Erhöhungen der Grundsteuer B geblieben sind? Und ob die Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen, die im Promillebereich des hessischen Haushaltes liegen, wirklich unverzichtbar sind und den Aufwand, den Streit und die Frustration der Bürger rechtfertigen. Gemeinsam müssen Wege zu einer besseren Lösung gefunden werden.

„**Straßenbeitragsfreies Hessen - eine AG hessischer Bürgerinitiativen**“ ist erreichbar unter der email-Adresse strassenbeitragsfreies-Hessen@posteo.org. Weitere Bürgerinitiativen und Gruppierungen gegen Straßenausbaubeiträge sind willkommen. Man kooperiert mit bundesweit aktiven Vereinen, z.B. mit dem Verband Wohneigentum Hessen, dessen bayerischer Schwesterverband gerade im Oktober eine Popularklage gegen Straßenausbaubeiträge beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof eingereicht hat.

7.11.2017

Andreas Schneider

Breiter Weg 126 – 35440 Linden

Anlagen

Foto, zum Abdruck frei

Logo, Verband Wohneigentum Hessen